

Welche Bauern am meisten erhalten

Landwirtschaft Der Bundesrat will Bauernbetrieben nicht mehr als 250 000 Franken Direktzahlungen ausrichten. Eine Datenanalyse zeigt nun erstmals, wer von einer Obergrenze betroffen wäre. Es gibt Bauern, die selber sagen, der Staat gebe ihnen zu viel Geld.

Christian Brönnimann, Catherine Boss, Roland Gamp, Sven Cornehlis (Text) und **Daniel Ammann** (Foto)

«Ab wann ist viel zu viel?» So titelte die «Bauernzeitung» kürzlich. Die Frage bringt eine Diskussion auf den Punkt, die in der Schweizer Landwirtschaftspolitik für Aufregung sorgt: Sollen die Direktzahlungen, die Bauern vom Staat erhalten, nach oben begrenzt werden? Der Bundesrat schlägt in seinem Entwurf der Agrarpolitik ab 2022 einen Deckel bei 250 000 Franken vor. Damit will er Auswüchse stoppen, die den Steuerzahlern schwierig zu erklären sind.

Gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz, hat diese Zeitung beim Bund nach den Direktzahlungsdaten von über 50 000 Bauernbetrieben gefragt. Die Analyse lässt erstmals Rückschlüsse zu, welche Bauern konkret von der Deckelung betroffen wären. Zum Teil fliesst viel Geld an Betriebe, die gar nicht darauf angewiesen wären.

575 000 Franken Direktzahlung

2017 erhielten 102 Landwirte mehr als 250 000 Franken Direktzahlungen. Betriebsgemeinschaften und Sömmerungsbetriebe sind von dieser Zusammenstellung ausgeschlossen. An der Spitze steht der Gemüseproduzent Rathgeb Bio aus Unterstammheim im Kanton Zürich. Er bekam 2017 rund 575 000 Franken an Direktzahlungen.

Der Betrieb von Christian Rathgeb ist kein bäuerlicher Familienbetrieb, sondern besteht gleich aus mehreren Aktiengesellschaften. Wer anruft, erhält den «Medienverantwortlichen» ans Telefon. Im Sommer beschäftigt Rathgeb bis zu 400 Arbeiter, die auf den Feldern Gemüse ernten und dieses in Produktionshallen rüsten und verpacken.

Auch wenn sein Betrieb wirtschaftlich nicht auf so hohe Direktzahlungen angewiesen wäre – sie machen nur wenige Prozent des Umsatzes aus –, möchte Christian Rathgeb nicht darauf verzichten. «Wir erbringen ökologische Leistungen, die gesellschaftlich erwünscht und gesetzlich gefordert sind. Zum Beispiel verwenden wir keine chemisch-synthetisch hergestellten Dünger- und Pflanzenschutzmittel. Die Aufwendungen dazu sind auf kleinen wie grossen Betrieben dieselben», sagt er. Zudem: «Wäre meine Fläche von knapp 400 Hektaren auf mehrere Betriebe aufgeteilt, wären die Direktzahlungen insgesamt deutlich höher – ohne ökologischen Mehrwert.»

Ballung in gewissen Berggebieten

Zu den Spitzenbezügern gehören weitere grosse Ackerbaubetriebe, etwa aus dem Waadtland, und mehrere Walliser Weinbauern. Auch grosse Bauernhöfe mit jeweils mehreren Hundert Rindern oder Schweinen aus den verschiedensten Landesteilen sowie einige Obstbauern bekommen über 250 000 Franken. Ihnen ist eine vergleichsweise hohe Wertschöpfung aus der landwirtschaftlichen Produktion gemein, auch ohne die Direktzahlungen.

Daneben fällt eine Ballung der Spitzenbezügler in gewissen Berggebieten auf, in der Jura-Region und in hoch gelegenen Zonen Graubündens. Diese Betriebe teilen eine Gemeinsamkeit: Sie verfügen über sehr grosse Wiesen und Weiden, meist irgendwo zwischen 70 und 120 Hektaren. Seit der Agrarreform 2014 ist die Fläche eines Betriebs der zentrale Faktor für die Höhe der Direktzahlungen, da die zuvor ausgerichteten Tierbeiträge gestrichen wurden.

Ein Bergbauer, der es dank der Fläche in die vorderen Ränge schaffte, ist Hans-Peter Spahni aus dem bernjurasischen Schelten. Ihm wuchs sein Biogrossbetrieb aber über den Kopf. «Er be-



Der Geldsegen aus Bern ermöglichte dem Bündner Bergbauer Gion-Franzestg Schaniel grosse Investitionen auf seinem Hof in Surses.



Brennpunkt Bauernhof

deutet vor allem Stress und keine freien Tage», sagt Spahni. Letztes Jahr hat er deswegen fast 20 Hektaren Land verkauft und die Sauenhaltung aufgegeben. «Es wurde alles zu viel», sagt Spahni. Eine Begrenzung der Direktzahlungen würde er grundsätzlich verstehen. «Ich finde sowieso, dass zu viel Geld fliesst, einfach dafür, dass ich die Natur walten lasse», sagt Spahni. «Aber dann hätte ich ein grosses Problem: die Schulden, die ich gemacht habe, um meinen Betrieb zu vergrössern. Die muss ich ja trotzdem abzahlen.»

In der Bündner Gemeinde Surses entlang der Julier-Passstrasse gibt es gleich vier Betriebe, die deutlich mehr als 250 000 Franken Direktzahlungen pro Jahr erhalten. Das ist Schweizer Rekord. Einer der Betriebe gehört Gion-Franzestg Schaniel. «Die Agrarreform von 2014 war für uns wie ein Lottosechser», sagt Schaniel bei einem Sirup auf der Terrasse seines Biohofs. «Wir erhielten plötzlich zusätzliches Geld für Arbeiten, die wir seit je gemacht haben.» Heute machen die Direktzahlungen circa zwei Drittel seines Hofeinkommens aus.

Der Geldsegen aus Bern ermöglichte Schaniel grosse Investitionen: Er baute einen neuen Freilaufstall für seine Milchkühe und ein neues, modernes Wohnhaus für seine Familie, dazu kaufte er neue Maschinen. Zwei Drittel der rund 90 Hektaren Wiesen und Weiden, die Schaniel bewirtschaftet, sind Biodiversitätsflächen, für die es zusätzliche Beiträge gibt. Damit will der Staat den schonenden Umgang mit diesen Flächen sichern. Sie würden laut Schaniel am meisten unter einer Deckelung leiden. «Ohne Direktzahlungen lohnt sich die Bewirtschaftung gewisser Flächen in der Höhe nicht, und ich würde sie nicht mehr mähen», sagt er. «In zwanzig Jahren hätten wir dann einen Fichtenwald statt schöne Bergwiesen.»

Im Auto geht es auf knapp 2000 Meter über Meer. Schaniel will zeigen, wie seine Arbeit der Biodiversität hilft. «Wie das hier krabbelt und kriecht», schwärmt er beim Gang über eine bunte Wiese voller Blumen, Gräser und Kräuter. «Da oben sind wir Landschaftsgärtner, keine Bauern. Damit habe ich überhaupt kein Problem. Solange der Staat die Landschaft so erhalten will, muss er aber auch dafür zahlen», sagt Schaniel. Und deshalb sei ein Direktzahlungsdeckel definitiv der falsche Weg.

Behörden sind in Erklärungsnot

Der Kanton Graubünden selber beobachtet die Entwicklung der Direktzahlungen bei flächenstarken Betrieben mit Skepsis. «Es gibt in der Tat einzelne Auswüchse, die wir kaum noch rechtfertigen können», sagt Valentin Luzi. Er leitet beim Kanton die Abteilung für Direktzahlungen. Gebiete wie in Surses, in der Nachbargemeinde Avers oder im Oberengadin, wo es grosse, nicht allzu steile Flächen gibt, würden bevorzugt, sagt Luzi. «Es gibt Bauern, die sagten mir selber, dass sie eigentlich zu viel Geld erhalten. Sie sind das nicht gewohnt, da sie von Kindsbeinen an in eher einfachen Verhältnissen lebten.»

Zugunsten der Naturschutzflächen nutzen die Bündner Behörden die gesetzlichen Möglichkeiten voll aus. Dies führt zu noch höheren Zahlungen. Anders als in vielen anderen Kantonen erhalten Bündner Bauern nämlich auch in den Jahren Zahlungen für gewisse Flächen, in denen sie diese gar nicht mähen, also kaum Aufwand haben. Die Zahlungen sind allerdings etwas geringer als in Jahren, in denen effektiv gemäht wird. Weil etliche Betriebe nicht korrekt meldeten, wann sie mähen und wann nicht, kürzte der Kanton ab 2016 die Direktzahlungen vielerorts. Aus den Daten des Bundes lassen sich Kürzun-

gen bei grossflächigen Betrieben bis über 20 000 Franken herauslesen.

Bedingungen wie in den Bündner Hochgebieten kennt Johann Inniger nur vom Hörensagen. Auch er war ein Leben lang Bergbauer, aber nicht in einer Region mit vielen relativ flachen Wiesen, sondern im Berner Oberland, genauer in Frutigen. Hier fallen die Hänge teils sehr steil ins Tal. Es ist viel Handarbeit gefragt. «Mit unseren knapp 14 Hektaren Land waren ich und meine Frau immer voll ausgelastet, mehr hätten wir gar nicht geschafft», sagt Inniger, der letztes Jahr das Pensionsalter erreicht und seinen Hof übergeben hat.

Obwohl Inniger seinen Betrieb mit Bioprogrammen optimiert hat, kamen er und seine Frau nicht auf mehr als 60 000 Franken Direktzahlungen pro Jahr. Den Kollegen in der Region gehe es gleich. «Es ist einfach schade, dass die Arbeit von Bauern mit Steillagen wegen der kleinen Fläche viel schlechter abgolt wird als die von Bauern, die das Glück haben, grosse, schöne Landstücke bewirtschaften zu können.»

Mit dem 250 000-Franken-Deckel will der Bundesrat solche Ungerechtigkeiten entschärfen. Doch es hagelt Kritik. Der Deckel sei willkürlich angesetzt, blosses Symbolpolitik und lasse sich leicht umgehen, so die Kurzzusammenfassung. Als Alternative wünschen sich Kritiker den Ausbau der flächenbezogenen linearen Abstufung der Direktzahlungen, wie es sie heute schon für die Basisbeiträge gibt. Will heissen: je grösser ein Betrieb, desto kleiner die Zahlungen für jeden zusätzlichen Hektar.

Wie leicht die Deckelung zu umgehen wäre, erklärt der Bündner Bergbauer Gion-Franzestg Schaniel ganz unverblümt: «Sollte ein Deckel eingeführt werden, würde ich einfach meinem Bruder einen Teil des Landes übertragen. Wir arbeiten ohnehin eng zusammen.»

Grosse Unterschiede zwischen den Kantonen

Anzahl Bauernbetriebe, die mehr als 250 000 Franken Direktzahlungen pro Jahr erhalten.

Wallis	20	Freiburg	2
Waadt	18	Solothurn	2
Graubünden	16	Zug	2
Jura	8	Thurgau	2
Zürich	8	St. Gallen	1
Neuenburg	5	Aargau	1
Bern	4	Luzern	1
Tessin	4	Schwyz	1
Baselland	3	Uri	1
Genève	3	Total	102

Tabelle: db / Quelle: Bundesamt für Landwirtschaft